



Signal an Putin:
die Friedens-
demo in Berlin
Foto: Christian
Mang/reuters

Deutschland rüstet und regt sich auf

In einer Sondersitzung des Bundestags sprechen sich Abgeordnete von SPD, Grünen, FDP und Union nicht nur für Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern auch für einen Sondertopf von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus

Aus Berlin Anna Lehmann

Zeitwende. Gleich mehrmals redete Bundeskanzler Olaf Scholz davon, als er am Sonntag zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestags sprach. Und tatsächlich trifft kaum ein Wort besser, was sich da gerade vollzieht: eine grundlegende Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine legten die Abgeordneten am Sonntag im Bundestag die ersten Hebel um. Sie sprachen sich mehrheitlich für Waffenlieferungen an die Ukraine aus und für deutlich steigende Verteidigungsausgaben. 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr als Sondervermögen erhalten, kündigte Scholz an. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was der Haushalt des Jahres 2021 an Ausgaben für Hartz-IV-Empfänger:innen vor sieht und mehr als dreimal so viel, wie für Bildung und Forschung vorgesehen ist. Zudem kündigte Scholz an, Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoin-

landsprodukts in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Aktuell entspricht das mehr als 70 Milliarden Euro. Angesetzt waren bislang 50 Milliarden. In normalen Zeiten wäre ein solcher Vorstoß als verrückt zurückgewiesen worden. Doch die Zeiten sind nicht normal.

Die Abgeordneten waren zu einer Sondersitzung zusammengekommen, viele in schwarzer Garderobe, einige in Blau-Gelb, den Farben der Ukraine. Auch der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hatte auf der Besuchtribüne Platz genommen – er wurde mit stehenden Ovationen begrüßt. Im Verlauf der Sitzung twitterte Melnyk über diesen „wahrhaft historischen Moment“: Man freue sich nun auf weitere politische Entscheidungen: die Übernahme in die EU und in die Nato.

Unberührt ließen die Raketenangriffe auf die ukrainischen Großstädte Kiew und Charkiw, die Bilder von Kindern und Frauen, die in Metro-Stationen Schutz suchten, keine der Abgeordneten. Dass Putin der Angreifer ist, dass der Überfall auf die Ukraine durch nichts und nie-

manden gerechtfertigt ist, darin herrschte weitgehend Einigkeit. Einzig die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, wies dem Westen eine Mitverantwortung zu: Die Ukraine sei mit der Aussicht auf Nato-Beitritt zum Zankapfel gemacht worden, damit sei für Putin eine rote Linie überschritten worden. Eine Argumentationslinie, die lange auch von vielen Linken vertreten worden war.

„Die Entscheidung ist richtig; ob sie gut ist, weiß niemand“

Robert Habeck, Vizekanzler

Doch Linken-Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali räumte am Sonntag ein, ihre Partei habe die Absichten der russischen Regierung falsch eingeschätzt. Dafür bekam sie Applaus von SPD und Grünen. Als sie jedoch sagte, die Linke werde weder Waffenlieferungen noch Militarisierung unterstützen, klatschten nur noch die eigenen Genoss:innen. Die Linksfraktion war von der An-

kündigung des 100-Milliarden-Sondertopfes ziemlich überrumpelt worden. Auch bei den Grünen schienen viele überrascht. Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann sagte anschließend, man werde auch über den Verteidigungsetat reden: „Aber der Ort der Entscheidung ist hier im Parlament.“ Es klang, als hätten die Grünen noch Diskussionsbedarf.

Für die Union sprach Fraktionschef Friedrich Merz von einem „Scherbenhaufen in der Außen- und Sicherheitspolitik“. Da die Union 16 Jahre lang das Verteidigungsministerium geführt hatte, konnte das eigentlich nur als Selbtkritik gemeint gewesen sein. Doch die war Merz ansonsten ziemlich fremd. Kein Wort über die über Jahre gepflegte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, nichts sagte er dazu, wie diese verringert werden kann. Der Ampelregierung sagte er Unterstützung vor allem hinsichtlich der steigenden Verteidigungsausgaben zu. Aber nicht ohne Bedingungen.

Beim Sondervermögen – genau genommen neue Schulden – müsse man darüber reden, wie es in der Verfassung veran-

kert werde. Die Union werde nicht für unangenehme Dinge den Kopf hinhalten, während die Ampel Wohlthaten verteile. Im Grundgesetz soll festgeschrieben werden, dass der Sondertopf für die Bundeswehr nur für Verteidigung und zur Herstellung der Bündnissicherheit genutzt wird. Für eine Verfassungsänderung braucht die Regierung die Stimmen der Union und Zustimmung der Länder, wie Finanzminister Christian Lindner (FDP) erläuterte. Unklar ist, wie die neuen Schulden finanziert werden. An der Schuldenbremse will die FDP jedenfalls nicht rütteln: „Die Schuldenbremse gilt“, so Lindner.

Merz versetzte der neuen Einigung im Bundestag einen weiteren Dämpfer, als er zu Putins Netzwerk auch deutsche Interessenvertreter zählte, die sich in ihrer Rolle als Stiftungsvertreter wie „mützliche Idioten“ verhalten hätten. Ein deutlicher Seitenheb auf Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), die lange auf wirtschaftliche Beziehungen zu Russland gesetzt und eigens eine Stiftung „Klima- und Umweltschutz MV“

gründen ließ, deren eigentlich Zweck die Finanzierung der Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 war. Die ist inzwischen gestoppt. Da sie bislang nicht in Betrieb war, eher ein symbolischer Akt. Dennoch bezieht Deutschland 55 Prozent seines Erdgases über andere Trassen aus Russland.

Wirtschaftsminister Robert Habeck, Grüne, stellte klar, dass auch die Energiepolitik eine Frage der nationalen Sicherheit sei. Daher wolle man den Ausstieg aus Kohle und Gas deutlich beschleunigen. Habeck machte ebenfalls deutlich, dass die Milliarden für die Bundeswehr nicht zugaben der Energiewende gehen dürfen – auch dafür sei eine Investition nötig.

Auch Habeck sprach sich für Waffenlieferungen an die Ukraine aus, schlug aber nachdenklichere Töne an: „Die Entscheidung ist richtig, ob sie gut ist, weiß niemand.“ Womöglich liefere man in Zukunft weiter Waffen für einen dauerhaften Krieg. Währenddessen versammelten sich nicht weit vom Reichstag eine halbe Million Menschen, um gegen diesen Krieg zu demonstrieren.

„Ein Desaster“ für Putin

In Berlin gehen über eine halbe Million Menschen gegen den russischen Angriff auf die Ukraine auf die Straße. Dort gibt es auch reichlich Kritik an der bisherigen Politik der Bundesregierung

Aus Berlin Sophie Fichtner

Am Sonntag haben sich mehr als 500.000 Menschen in Berlin versammelt, um gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren und Solidarität mit dem EU-Nachbarland zu zeigen. Die Demonstration unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ war von vielen Veranstaltungen, die weltweit von Auckland bis Washington am Wochenende stattfanden.

Zu der Friedensdemo hatte ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Vereine und Verbände aufgerufen, darunter die Bürgerbewegung Campact, Greenpeace, die Seebrücke, Verdi und die Gewerkschaft der Polizei. Gemeinsam fordern sie die russische Regierung auf, „alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität wiederherzustellen.“ Bevor die Kundgebung beginnt, spielt eine Band. Sie sin-

gen von Panzern. Eine Gruppe junger Studierender aus der Ukraine schreit gegen den Gesang an: „Musik aus! Wir haben Krieg!“ Eine der jungen Frauen hat Tränen in den Augen, als sie sagt: „Unsere Familien sterben zu Hause und sie spielen hier Musik. Das ist kein Fest.“ Sie hätten versucht, ihre Familien zu überreden, nach Deutschland zu kommen, „aber sie wollen zu Hause bleiben und unsere Heimat verteidigen“. Ihre Freundin zeigt auf

ihr Plakat: „Heute wir, morgen ihr“. Die Gruppe bahnt sich einen Weg nach vorne durch die Menge, um weiter gegen die Band anzuschreien.

Christoph Bautz von Campact ist sich sicher, dass Putin die öffentliche Meinung in Europa interessiere. Diese Demonstration, an der die breite Bevölkerung teilnehme, sei daher „ein Desaster“ für Putin. „Kriege enden dadurch, dass der moralische Druck hoch wird, das Leid der Opfer zu sehr gesehen

wird“, ergänzt Martin Kaiser von Greenpeace. Diesem Druck könne sich auch die russische Führung nicht entziehen.

Bautz fordert zudem weitere Sanktionen: einen Importstop von Kohle, Öl und Gas. Auch wenn das für Deutschland massive Konsequenzen habe. „Das sollte uns die Freiheit, unsere Werte und das Leben der Ukrainer:innen Wert sein“, sagt Bautz.

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete steht das Friedensbündnis allerdings kritisch gegenüber. Es gebe das Selbstverteidigungsrecht, weshalb er die Entscheidung der Bundesregierung, Waffen in die Ukraine zu liefern, nachvollziehen könne. „Als Friedensbündnis sind wir aber der Meinung, dass mehr

Waffen einen Konflikt auch anheizen können.“

Die in der Ukraine geborene Aktivistin Oleksandra Biernet sieht das anders: „In der Ukraine wird der Frieden gerade nicht mit Gebeten verteidigt. Deshalb stehe ich heute auf einer Friedensdemo und fordere Waffen.“ Sie spricht auf der Bühne vor der Siegesäule und fragt, warum Deutschland blind gegenüber dem russischen Imperialismus gewesen sei. „Viel meiner deutschen Bekannten haben gesagt, der Krieg kommt so überraschend. Aber er kommt nicht überraschend.“ Diese Demonstration hätte schon 2014 stattfinden sollen, als Russland die Krim annektierte und einen Krieg in der Ostukraine begann.